

„Wie in Schlumpfhausen“

Lutz Hachmeister im Handelsblatt-Interview mit Hans-Jürgen Jakobs

Im Sommer gab es etliche Skandale in der öffentlich-rechtlichen ARD. Alles nur eine Summierung unglücklicher Einzelfälle oder ein Systemschaden?

Lutz Hachmeister: Es ist das System, wie es leibt und lebt. Es hat sich immer erfolgreich gegen alle entscheidenden Reformen gewehrt. Das ist charakteristisch für alle Bürokratien. Bürokratien wollen nicht irritiert werden.

Ein harter Vorwurf. Was macht diese Sender-Bürokratien aus?

Hachmeister: Standardformate für Fernsehen und Hörfunk aufrechtzuerhalten, die von der Quote her gut laufen. Alles andere ist lästig. Im Grunde genommen geht es um „Ruhe sanft“. Das ist durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichts zementiert worden und durch die Politik der zuständigen Bundesländer.

Ruhe sanft? In diesen Tagen reden die Parteien über eine Reform von ARD und ZDF. Was ihnen zur Lösung der Probleme zuzutrauen?

Hachmeister: Die Medienpolitik hat es einfach laufen lassen, es gab ja keine Massenproteste der Beitragszahler. Nun sind alle erschreckt über die jüngsten Skandale. Dabei ist das nur die Spitze des Eisbergs. Frau Schlesinger ist ein Bauernopfer. Sie hat sich ungeschickt benommen, eine linke Journalistin als Raffke-Intendantin ist für Medien ein gefundenes Fressen. Aber der RBB ist in Wahrheit nur ein kleiner Sender, der von den eigenen Problemen der großen ARD-Anstalten gut ablenken konnte. Was mich sehr überrascht, ist der inzwischen eklatante Mangel an satisfaktionsfähigen Persönlichkeiten im System. Selbst ein Patriarch wie Dieter Stolte vom ZDF hatte immer eine philosophische Grundierung und war bereit, mit andersdenkenden Leuten zu diskutieren. Heute regiert der

machtbewusste Technokrat, der komplett in einem inzestuösen System groß geworden ist.

Dabei will der kommissarische ARD-Vorsitzende Tom Buhrow nun alles auf den Prüfstand stellen, so wie bisher gehe es nicht mehr weiter.

Hachmeister: Ja, da hat er sich entschlossen hinter den fahrenden Zug geworfen. Es wirkt auch etwas komisch, wenn jemand sehr spät entdeckt, dass er selbstständig denken kann. Der WDR-Chef wird ja sogar ARD-intern als „Leichtmatrose“ eingestuft. Das alles wirkt wie ein Stück aus Schlumpfhausen. Bezeichnend ist doch, dass es in Köln eine kopfstarke Intendanz nebst Pressestelle gibt, die aber das für Medien normale Geschäft der Kommunikation offenbar nicht erfüllen kann. Also beschäftigt man für viel Geld externe Kommunikationsberater. Das scheint wohl auch nötig zu sein.

Wie kann man eine einfachere Struktur für die Öffentlich-Rechtlichen schaffen?

Hachmeister: Jemand müsste den Bürokratie-Abbau medienpolitisch in Gang setzen, aber einen Überblick haben nur die Entscheidungsträger selbst, die vom Status quo profitieren. Federführend kann jedenfalls nicht die bisherige Medienpolitik unter Vorsitz von Rheinland-Pfalz sein, wo die Ministerpräsidentin zugleich den Verwaltungsrat des ZDF leitet. Der Mainzer Sender wird übrigens als zentrale Anstalt besser gemanagt, andererseits ist der Einfluss der parteipolitischen Farbenlehre dort höher, repräsentiert durch zwei „Freundeskreise“.

ARD und ZDF bekommen jährlich 8,4 Milliarden Euro. Inwiefern wird diese Summe falsch ausgegeben?

Hachmeister: Es wird um jeden Preis vermieden, zu viel Geld für den eigentlichen Geschäftszweck auszugeben, also die Produktion von Programm. Innovation bedeutet hier mehr Arbeit. In klassischen Bereichen wie Nachrichten und Auslandsberichterstattung funktionieren ARD und ZDF noch halbwegs gut. Darüber hinaus aber

waren der alltägliche Trott und die Beschäftigung mit sich selbst viel bequemer als jede Veränderung. Das hat für alle gegolten, für die Führungsebene, die Rundfunkräte und für auch die Medienpolitiker.

Damit scheint es zu Ende zu gehen. Länder wie NRW und Bayern fordern eine Kommission oder einen Konvent, um die Basis für die Öffentlich-Rechtlichen neu zu bestimmen.

Hachmeister: Das ist zumindest einmal eine Ansage. Es wird natürlich darauf ankommen, für eine solche Kommission Leute zu finden, die sich mit dem Betrieb und den Programmen von ARD und ZDF wirklich auskennen. Der große Schock kam schon in den 1990er-Jahren mit den neuen privaten Sendern. Man wusste nicht, wie man reagieren sollte: anpassen oder eher eine eigene Linie verfolgen? Es ist nie gelungen, dieses Problem zu lösen. Ein großer Teil der öffentlich-rechtlichen Identität ist so verlorenggegangen. Es fehlt heute an vielem: an mehr Dokumentationen zur Hauptsendezeit, an Geld für Intensivresearchen, an kenntlichen Autoren. Es ist doch ein Witz, dass es jenseits der vielen Talkshows kein einziges vernünftiges Interview-Format gibt.

Immerhin fusionierten beispielsweise einst zwei ARD-Sender im Südwesten zum SWR. Es sollte effizienter gewirtschaftet werden – auch um mehr Geld fürs Programm zu haben.

Hachmeister: Das passierte aber nicht. Das meiste Geld wird dadurch aufgeessen, dass es für jeden Mikrobereich einen eigenen Geschäftsführer, einen eigenen Wellenchef, einen eigenen Hauptabteilungsleiter gibt. Das schließt die berühmten Pensionsverpflichtungen in Milliardenhöhe ein. Das Geld hierfür wird bei kleinen Produzenten und freien Mitarbeitern gekürzt. Ein weiteres Problem sind die unzähligen Tochtergesellschaften, zum Teil auch noch mit eigenen Gremien. Da versickert das Geld.

Die aktuellen ARD-Skandale haben gravierende Defizite in der Aufsicht aufgezeigt...

Hachmeister: ...wenn eine Laienspielschar Aufsicht führen soll, kann nichts anderes herauskommen. Selbst ein gut ausgebildeter Betriebswirt oder Wirtschaftsprüfer würde nicht verstehen, welche Spiele in diesen Bürokratien gespielt werden. Dazu fehlen interne Einblicke.

Dieser Rundfunk wird von allen Bürgern bezahlt, die in den Gremien durch gesellschaftlich relevante Gruppen vertreten werden. Das ist doch ein demokratisches Modell.

Hachmeister: Dagegen habe ich nichts. Diese Gruppenvertreter könnten ja in Programmbeiräten bei den einzelnen Sendern wirken. Ich plädiere aber sehr für eine externe zentrale Aufsichtsinstanz nach dem britischen Vorbild der Ofcom. Sie kontrolliert das gesamte Medienwesen, in Teilen auch die BBC. Das wäre ein zentraler Reformschritt, wie es ihn auch in Kanada, Australien, Schweiz und Österreich gibt. Nur in Deutschland mit seinem Hyper-Föderalismus ist so etwas nicht zu finden.

Die ARD will sich künftig mit externen Experten helfen, die in oder für die Gremien arbeiten.

Hachmeister: Das führt zu nichts. Gerade die Rundfunkräte sind bisher reine Akklamationsgremien, manchmal wird bei Vorträgen der Hierarchen sogar auf den Tisch geklopft. Die Intendanten und Programmchefs verstehen es, die Gremien einzunebeln.

In der Privatwirtschaft ist eine leistungsbezogene Bezahlung mit Zielvereinbarungen gang und gäbe. Das führte beim RBB aber sogleich zum Skandal. Wie kann das sein?

Hachmeister: Boni sind für die Öffentlich-Rechtlichen totaler Quatsch. Denn im Grunde werden dann nur Einsparungen am Programm belohnt. Nur da kann man das Geld herausholen. Alles andere sind durchlaufende, legalisierte Posten. Ein Cut ist nötig. Das System braucht wieder eine Nullmessung – mit dem zentralen Kriterium, wieviel vom Budget wirklich ins Programm fließt und was der reinen Selbstverwaltung dient.

Die FDP fordert unter anderem, ein Intendant solle nicht mehr verdienen als ein Bundeskanzler.

Hachmeister: Völlig zurecht. Von der FDP kam aber auch der Vorschlag, den Rundfunkbeitrag um die Hälfte zu kürzen – dann wäre vom Programm gar nichts mehr übrig. Da wäre es schon besser, die „Anstalten“ - die sie leider auch sind - wie in Frankreich über Steuern zu finanzieren. Das hätte zumindest den Vorteil, dass die bürokratische Gebührenerfassung wegfiel.

In Umfragen zeigen sich Bürger neuerdings sehr kritisch gegenüber ARD und ZDF. Schwindet die Akzeptanz?

Hachmeister: Ja, immer mehr halten ARD und ZDF nicht mehr für unverzichtbar. Das gilt gerade für junge Leute, die sich über multiple Plattformen informieren. Der Markenwert sinkt drastisch. Das öffentlich-rechtliche System ist ästhetisch und dramaturgisch von Netflix, Amazon & Co weit abgehängt worden. Das hätte so nicht sein müssen. ARD und ZDF müssten experimenteller werden. „Tatort“- Folgen, „Das Boot“ oder Fassbinder-Produktionen der 1970er-Jahre waren für ihre Zeit absolut vorwärtsweisend.

Sachsen-Anhalt hat sich 2020 geweigert, höheren Rundfunkbeiträgen zuzustimmen.

Hachmeister: Das Einzige, was dem System wehtut, ist tatsächlich, ihm Geld wegzunehmen. Nur dann ändert sich etwas. Bloße Appelle, etwa gegen eine „Angstkultur“, helfen nicht weiter. Mein Vorschlag ist deshalb, rund zehn Prozent der Gebührenmittel über eine Stiftung den Sendern zu entziehen und direkt den Kreativen zu geben – an Autoren, Rechercheure, Filmemacher. Das so geförderte Programm würde in einer übergeordneten öffentlich-rechtlichen Mediathek gezeigt, neben Angeboten von ARD und ZDF.

Es gibt ja noch nicht mal eine gemeinsame Mediathek von ARD und ZDF.

Hachmeister: Wenn es nicht von außen verordnet wird, dann wird es nie passieren. Das ZDF will das rein gar nicht. In Mainz wollen sie so viel wie möglich in ihrem Senderberitt behalten und auf keinen Fall mit der ARD in zu enger Verbindung gebracht werden. Dann würde wieder die alte Idee einer deutschen BBC auftauchen.

Im konservativen Milieu, nicht nur bei der AfD, erklingt zudem der Vorwurf eines „links-grünen Mainstreams“, mit ARD und ZDF an der Spitze.

Hachmeister: Das System ist sehr opportunistisch und sehr attachiert an die beiden „Volksparteien“, an Union und SPD. Es geht zum Beispiel sehr schnell auf die überflüssige Genderdebatte ein. Man will immer mehr im jeweiligen Zeitgeist operieren, um nicht anzuecken und nicht alt zu wirken.

Handelt es sich bei der wachsenden Kritik auch um eine Kampagne des Springer-Konzerns?

Hachmeister: Diese Kampagne existiert seit 60 Jahren, sie kommt immer wieder in Wellen. Verschwörungstheoretiker auf Twitter und die AfD greifen das aktuell gerne auf. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seinem jetzigen Zustand bietet eine bequeme Angriffsfläche. Im Grunde braucht man eine institutionelle Neugründung des öffentlich-rechtlichen Mediensystems. Die Angestellten von ARD und ZDF müssten davor keine Angst haben: Die Renten sind sicher.